



über die 2. Sitzung
des Familien- und Sozialausschusses
am Donnerstag, 22. November 2001
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Filthaut
Frau Hartig
Frau Jung
Frau Lungenhausen
Herr Müller
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Frau Jacobsmeier
Herr Menken
Herr Plümpe
Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Herbrecht
Frau Mattigk
Herr Spyra

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Eisenhardt
Frau Dr. Kleinz
Frau Scharrenbach

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Lenkenhoff

Beratendes Mitglied BG

Herr Schlierenkämper

Verwaltung

Herr Brüggemann
Herr Güldenhaupt
Herr Steffen

entschuldigt fehlten
Frau Bartosch
Herr Klemme
Herr Kuru
Frau Oertel

Herr **Weber** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Er bat die Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben und verpflichtete Herrn Schlierenkämper mit folgendem Text:

"Ich verpflichte Sie, dass Sie ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen, so wahr Ihnen Gott helfe."

Vor Eintritt in die Tagesordnung bedankte sich der frühere Vorsitzende des Ausschusses für Familien- und Sozialfragen, Herr **Eisenhardt**, der zuletzt im Juni 2000 an einer Sitzung des Ausschusses teilnehmen konnte, für die gute Arbeit im Ausschuss während seines Vorsitzes. Besonderer Dank ging an die stellvertretende Vorsitzende Frau Müller und an die Verwaltung.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen hinsichtlich der Reduzierung der Sozialhilfekosten hier: Zielvereinbarung 2002	251/2001
2.	Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) hier: Bericht der Verwaltung	
3.	Rahmenbedingungen für alleinerziehende Elternteile im Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosenhilfebezug hier: Antrag der CDU-Fraktion Bericht der Verwaltung	
4.	Neues Sozialgesetzbuch SGB IX hier: Antrag der CDU-Fraktion Bericht der Verwaltung	
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

251/2001

Zielvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Stadt Kamen hinsichtlich der Reduzierung der Sozialhilfekosten
hier: Zielvereinbarung 2002

Herr **Güldenhaupt** skizzierte kurz den Inhalt der Zielvereinbarung 2002 und stellte insbesondere die Änderungen und Weiterentwicklungen vor.

Frau **Müller** teilte mit, dass die Zielvereinbarung aus ihrer Sicht insgesamt eine gelungene Sache sei und dass diese Zielvereinbarung 2002 von ihrer Fraktion mitgetragen werde.

Frau **Lenkenhoff** fragte unter Hinweis auf 5 f der Zielvereinbarung nach, ob es Städte oder Gemeinden gibt, die ihrer Berichtspflicht nicht in der vom Kreis gewünschten Weise nachkommen.

Herr **Güldenhaupt** gab bekannt, dass sein Eindruck der sei, dass alle Städte nach bestem Wissen und Können versuchen, die Vertragsinhalte der Zielvereinbarung einzuhalten.

Ferner fragte Frau **Lenkenhoff**, ob unter Bezugnahme auf 3 b, Fallmanagement, der Zielvereinbarung die Stadt Kamen zu Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung bereit sei.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass anlässlich der turnusmäßig stattfindenden Sozialdezernentenbesprechungen über das Thema Fallmanagement bereits gesprochen wurde. Der Kreis seinerseits wird nun zunächst mit den Städten Lünen und Unna ein Pilotprojekt im Hinblick auf Fallmanagement starten. Ob hier auch die Stadt Kamen an diesem Pilotprojekt teilnehmen kann, steht noch nicht abschließend fest. Die Stadt Kamen ist aber gewillt, das Fallmanagement einzuführen und wird auch nach anderen Möglichkeiten der Schulung suchen, wenn eine Berücksichtigung beim Pilotprojekt nicht möglich sein wird.

Herr **Eisenhardt** stellte fest, dass es den Punkt 3 c zweimal gibt und fragte nach, ob die gemeinnützige Arbeit umgesetzt wird, weil sich durch den Einsatz von gemeinnütziger Arbeit vielfach Sozialhilfemissbrauch verhindern lasse.

Herr **Steffen** teilte mit, dass die gemeinnützige Arbeit in Kamen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten umgesetzt wird.

Unter Hinweis auf 3 h der Zielvereinbarung fragte Herr **Eisenhardt** nach, ob die Stadt Kamen im ausreichenden Maße auch Hinweisen auf Sozialhilfemissbrauch nachgeht.

Herr **Steffen** teilte hierzu mit, dass die Stadt Kamen immer dann Ermittlungen aufnehme, wenn eine sogenannte Anfangsverdacht bestehe, eine generelle Überprüfung aller Einzelfälle erfolge im häuslichen Bereich nicht.

Zu TOP 2.

Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Steffen** gab den in der Anlage beigefügten Bericht.

Auf ausdrückliche Nachfrage der Frau **Lenkenhoff** stellte er nochmals klar, dass die Leistungen der Grundsicherung nicht höher sind als die den Berechtigten zustehenden Sozialhilfeleistungen. Gleichwohl werden nicht nur diejenigen, die jetzt bereits Sozialhilfe beziehen, dann Leistungen der Grundsicherung erhalten, sondern darüber hinaus auch der Personenkreis, der bisher unter die sog. verschämte Armut gefallen ist und keine Anträge auf Sozialhilfe gestellt hat. Wie groß dieser Personenkreis sein wird und damit die Belastungen für den Haushalt, lässt sich gegenwärtig schlecht abschätzen. Hier bleiben die Entwicklungen abzuwarten.

Herr **Eisenhardt** erkundigte sich nach einer staatlichen Finanzierung der Grundsicherung.

Herr **Steffen** teilte mit, dass grundsätzlich die Kreise und kreisfreien Städte die Träger der Grundsicherung seien, allerdings im Gesetzentwurf den Trägern der Grundsicherung eine Kompensation in Höhe von ca. 300 Mio. Euro zugbilligt wurde. Ob dieser Betrag ausreicht, bleibt abzuwarten.

Zu TOP 3.

Rahmenbedingungen für alleinerziehende Elternteile im Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosenhilfebezug
hier: Antrag der CDU-Fraktion
Bericht der Verwaltung

Herr **Steffen** gab den in der Anlage beigefügten Bericht. Rückfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 4.

Neues Sozialgesetzbuch SGB IX
hier: Antrag der CDU-Fraktion
Bericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** gab den in der Anlage beigefügten Bericht. Rückfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

5.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass der Verein Kasi e.V. praktisch seine Vereinstätigkeit eingestellt hat und aus diesem Grund die seinerzeit zur Verfügung gestellte Wohnung zurückgenommen wird und der Kooperationsvertrag von Seiten der Verwaltung aufgelöst wird. Von Seiten der Verwaltung hofft man, dass nunmehr die Diakoniestation in Kamen auf dem Gebiet der Obdachlosenbetreuung zusätzlich zur Caritas tätig wird und insbesondere die Drogenberatung mit der ADU Unna weitergeführt wird.

5.2 Anfragen

Frau **Lenkenhoff** fragte an, ob in der nächsten Ausschusssitzung über die Hilfe zur Arbeit und hier insbesondere über die Kontakte zu Firmen berichtet werden könnte.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen ergaben sich keine.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Weber
Vorsitzender

gez. Güldenhaupt
Schriftführer